



Council of the
European Union

Brussels, 11 September 2024
(OR. en, de)

13244/24

FRONT 256
MIGR 344
ASILE 110
COMIX 374
COTER 169

NOTE

From: German delegation

To: Working Party on Frontiers/Mixed Committee
(EU-Iceland/Liechtenstein/Norway/Switzerland)

Subject: Temporary reintroduction of border controls at the German internal borders in accordance with Article 25 of Regulation (EU) 2016/399 on a Union Code on the rules governing the movement of persons across borders (Schengen Borders Code)

Delegations will find attached a copy of the letter received by the General Secretariat of the Council on 09 September 2024 regarding the temporary reintroduction of border controls by Germany to France, Luxembourg, Belgium, the Netherlands and Denmark, as of 16 September 2024 for a temporary period of six months (up to and including 15 March 2025).



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

E-MAIL

IM 10189 2024
11-09-2024

WIR FEIERN
75 JAHRE

GRUNDGESETZ

Received on
09. 09. 2024

Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin

Herrn
Margaritis Schinas
Vizepräsident der Europäischen Kommission
1049 Bruxelles/Brussels
BELGIEN

Frau
Ylva Johansson
Kommissarin für Inneres der Europäischen Kommission
1049 Bruxelles/Brussels
BELGIEN

Frau
Thérèse Blanchet
Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
1049 Bruxelles/Brussels
BELGIEN

Frau
Roberta Metsola
Präsidentin des Europäischen Parlaments
1049 Bruxelles/Brussels
BELGIEN

Innenministerinnen und Innenminister
der EU- und Schengenstaaten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die zuletzt in meinen Schreiben vom 11. April 2024 und vom 24. Mai 2024 – die vorübergehende Wiedereinführung von sicherheits- und migrationspolitischen Binnengrenzkontrollen an den landseitigen deutschen Schengen-Binnengrenzen zur Republik Polen, zur Tschechischen Republik, zur Republik Österreich und zur Schweiz betreffend – dargestellte Lage in Deutschland hält an und hat sich weiter verschärft.

Zustell- und Lieferanschrift: Ingeborg-Drewitz-Allee 4, 10557 Berlin
Verkehrsanbindung: S + U-Bahnhof Hauptbahnhof

Nancy Faeser
Bundesministerin

Alt Moabit 140
10557 Berlin

Postanschrift:
11014 Berlin

Tel. +49 30 18 681-11000
Fax +49 30 18 681-11014

Ministerin@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

Berlin, 9. September 2024

Die erheblichen sicherheits- und migrationspolitischen Probleme und Gefahren in Bezug auf die Entwicklung des irregulären Migrationsgeschehens einschließlich der Schleusungskriminalität an den EU-Außengrenzen, insbesondere über die Zentral- und Ostmediterrane Route sowie die Ostroute, bestehen fort und führen unverändert zu in ihrer Höhe nicht akzeptablen Feststellungen irregulärer Einreisen an den landseitigen deutschen Binnengrenzen. Allein die Bundespolizei hat in diesem Jahr (bis einschließlich Juli 2024) rund 50.000 unerlaubte Einreisen, rund 900 Schleusungen mit rund 1.000 Schleusern bundesweit festgestellt. Insgesamt handelt es sich bei den unerlaubt eingereisten Personen vorwiegend um syrische, afghanische und türkische Staatsangehörige.

Durch diese unverändert besorgniserregende Entwicklung des irregulären Migrationsgeschehens wird die bisher schon – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Aufnahme von ukrainischen Staatsangehörigen – äußerst angespannte Unterbringungssituation in den Ländern und Kommunen für geflüchtete Personen weiter verschärft, so dass eine Steuerung und Kontrolle von irregulärer Migration unverzichtbar bleiben. Dabei ist angesichts der Aufnahme von über 1.000.000 kriegsbedingt aus der Ukraine Geflüchteter die gesamtgesellschaftliche Solidarität besonders hervorzuheben. Das hat allerdings im Gegenzug auch dazu geführt, dass die Ressourcen in Bund und Ländern nahezu erschöpft sind und das noch hinzuzurechnende irreguläre Migrationsgeschehen die Migrationsbehörden in Bund und Ländern zunehmend an die Grenzen des Leistbaren bei Aufnahme, Unterbringung und Versorgung führt. Die Schaffung zusätzlicher Unterkünfte ist nicht unbegrenzt möglich. Kein Staat der Welt kann unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Eine drohende Überforderung des (solidarischen) Gemeinwesens, auf die die Länder auf Ebene der Innenminister und Ministerpräsidenten sowie Kommunen zunehmend, stetig und immer nachdrücklicher aufmerksam machen, und damit einhergehende Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gilt es zu verhindern. Daher haben die Länder den Bund wiederholt um eine Aufrechterhaltung von Binnengrenzkontrollen gebeten.

Ernst zu nehmende Gefahren, die sich aus aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen weltweit (u.a. fortwährender Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die durch terroristische Gruppen verschärfte Sicherheitslage im Nahen Osten) ergeben und sich auch auf Europa und Deutschland auswirken, treten hinzu. Neben den Gefahren durch den islamistischen Terrorismus haben in Deutschland zuletzt Vorfälle von Messer- und Gewaltkriminalität durch Geflüchtete zu einer massiven Beeinträchtigung des

Seite 3 von 4

Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und des inneren Friedens geführt. Ich sehe es als meine Verpflichtung an, einen Beitrag dazu zu leisten, dass diese Gefahren nicht weiter nach Deutschland und Europa getragen werden.

Der Migrationsdruck an den EU-Außengrenzen wird, insbesondere angesichts der bekannten Situation und Entwicklung in Afghanistan, Syrien und der Türkei, vermutlich unvermindert hoch bleiben und ggf. weiter zunehmen. Im Ergebnis wird sich die irreguläre Migration in der Folge weiterhin massiv auf Deutschland auswirken. Dies gilt auch für die Schleusungskriminalität (auch in Form der besonders menschenverachtenden Behältnisschleusungen), die nicht an Grenzen Halt macht.

Die bisher angeordneten vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen an den Landgrenzen zur Republik Polen, zur Tschechischen Republik, zur Republik Österreich und zur Schweiz bestehen im Rahmen der jeweiligen Dauer bis einschließlich zum 11. November 2024 (zur Republik Österreich) und bis zum 15. Dezember 2024 (Republik Polen, Tschechische Republik und Schweiz) fort.

Vor dem zuvor skizzierten Hintergrund und einer gesamtstaatlichen Betrachtung bin ich im Ergebnis einer sorgfältigen Abwägung auf der Grundlage der Art. 25 ff. des Schengener Grenzkodexes in der Fassung der Verordnung (EU) 2016/399, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2024/1717 vom 13. Juni 2024, gezwungen, mit Wirkung zum 16. September 2024 ergänzend migrations- und sicherheitspolitisch bedingte Binnengrenzkontrollen an den Landgrenzen zu Frankreich, Luxemburg, Belgien, den Niederlanden und Dänemark erstmals vorübergehend für sechs Monate (bis einschließlich 15. März 2025) anzuordnen. Die bisher bestehenden Binnengrenzkontrollen zur Republik Polen, zur Tschechischen Republik, zur Republik Österreich und zur Schweiz werden nach ihrem Ablauf entsprechend nachgezogen werden.

Durch die aus bloßem Anlass des Grenzübertritts zulässigen Kontrollen können u.a. Schleusungshandlungen gezielter und frühzeitiger erkannt und unterbunden sowie Gefahren für die Gesundheit und das Leben der geschleusten Personen abgewehrt werden. Bei meiner Entscheidung habe ich die Geeignetheit, die Erforderlichkeit und die Angemessenheit im Vergleich zu Alternativmaßnahmen sowie das Urteil des EuGHs vom 26. April 2022 in Bezug auf die Begründung einbezogen. Etwaige Alternativmaßnahmen ermöglichen weder

Seite 4 von 4

Kontrollen aus bloßem Anlass des Grenzübertritts noch fokussieren technische Einsatzmittel auf das Erkennen und Verhindern irregulärer Migration und sind insoweit nicht gleichermaßen geeignet. Zudem werden unmittelbare einreiseverhindernde Maßnahmen im Rahmen des geltenden Rechts ermöglicht.

Der Abschluss der Verhandlungen über ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem war mit Blick auf die enormen Herausforderungen im Migrationsbereich ein wichtiger Meilenstein unserer gemeinsamen europäischen Bemühungen. Solange dessen Umsetzung aber noch andauert und ein verbesserter Schutz der EU-Außengrenzen für die Mitgliedstaaten noch nicht spürbar wird, besteht die Gefahr für den Schengenraum mit offenen Binnengrenzen fort. Auch die zunehmende Dysfunktionalität des Dublin-Systems macht mir Sorgen. Ich möchte dieses Schreiben daher auch dazu nutzen, um an Sie zu appellieren, dass wir gemeinsam weiterhin energisch und kraftvoll daran arbeiten, hier sichtbare und rasche Fortschritte zu erzielen.

Diese Binnengrenzkontrollen werden nicht systematisch, sondern stets lageorientiert und örtlich und zeitlich flexibel durchgeführt werden. Die Bundespolizei arbeitet dabei im größtmöglichen Umfang eng und vertrauensvoll mit den Partnerbehörden der Nachbarstaaten auf der Grundlage der von den Abkommen und Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten eröffneten vielfältigen Kooperationsformate der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit (u. a. gemeinsame Streifen, gemeinsame Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit) zusammen.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und zur Vermeidung unnötiger Beeinträchtigungen des grenzüberschreitenden Verkehrs durch eine Kanalisierung des Verkehrs über bestimmte Verkehrswege habe ich auf die Festlegung von Grenzübergangsstellen – wie bisher – verzichtet. Seien Sie versichert, dass die Bundespolizei nach wie vor bestrebt sein wird, die Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Straßen- und Warenverkehr, die Wirtschaft und das Leben sowie Arbeiten in der Grenzregion so gering wie nur möglich zu halten.

Mit freundlichen Grüßen



Nancy Faeser

Translation

Nancy Faeser
Federal Minister of the Interior and Community

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
Tel.: +49 (0)30 18 681-11000

Ministerin@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

Mr Margaritas Schinas
Vice-President of the European Commission
1049 Brussels
BELGIUM

Ms Ylva Johansson
Commissioner for Home Affairs of the European Commission
1049 Brussels
BELGIUM

Ms Thérèse Blanchet
Secretary-General of the Council of the European Union
1049 Brussels
BELGIUM

Ms Roberta Metsola
President of the European Parliament
1049 Brussels
BELGIUM

Home affairs ministers of the EU and Schengen States

Berlin, September 2024

Dear Colleagues,

The situation last outlined in my letters of 11 April 2024 and 24 May 2024 regarding the temporary reintroduction of border control for security and migration policy reasons at Germany's internal Schengen land borders with the Republic of Poland, the Czech Republic, the Republic of Austria and Switzerland persists and has worsened.

The significant security and migration policy issues and threats resulting from current irregular migration trends including migrant smuggling at the EU's external borders, especially via the Central and Eastern Mediterranean route and the Eastern route, persist, resulting in unacceptably high levels of illegal entries registered at Germany's internal land borders. This year (from January through July 2024), the Federal Police alone have recorded approximately 50,000 illegal entries with some 900 migrant-smuggling operations involving some 1,000 migrant smugglers nation-wide. The overall majority of those who have entered Germany illegally are Syrian, Afghan or Turkish nationals.

This development of irregular migration continues to be a cause for concern, all the more so as it further aggravates the accommodation situation for refugees at state and local level – which is already extremely tense, given the fact that Germany has taken in so many refugees from Ukraine. It therefore remains crucial to manage and control irregular migration. In view of the fact that Germany has received more than a million people who fled the war in Ukraine, it is to be emphasised that our country has shown a high level of solidarity.

At the same time, however, this has nearly exhausted the resources at federal and state level, and the addition of irregular migration is increasingly forcing the migration authorities at federal and state level to the limits of their ability to receive, house and provide for refugees. There are limits when it comes to creating additional accommodation facilities. No country in the world can take in an unlimited number of refugees. We must prevent the impending excessive burden on (our solidarity-oriented) society, an issue to which the municipalities and the federal states, represented by their interior ministers and minister-presidents, are increasingly and constantly drawing urgent attention, as well as the resulting threats to public safety and

order. For this reason, the federal states have repeatedly asked the Federal Government to maintain checks at the internal borders.

This situation is aggravated by serious threats arising from current global developments in security policy, including Russia's ongoing war of aggression against Ukraine and the security situation in the Middle East, which has been exacerbated by terrorist groups. These threats also have an impact on Europe and Germany. In addition to the threat posed by Islamist terrorism, violent crimes by refugees, sometimes involving the use of knives, have massively impacted the public's sense of security and order in Germany. I consider it my duty to help stop these threats from spreading to Germany and Europe.

Migratory pressure at the EU's external borders will remain unchanged at a high level and possibly even increase, especially in view of the situation and developments in Afghanistan, Syria and Turkey. As a result, irregular migration will continue to massively impact Germany. This also applies to migrant smuggling (especially in the form of migrant smuggling in containers which shows an absolute disregard for human life) that does not stop at national borders.

The current checks at Germany's internal land borders with the Republic of Poland, the Czech Republic, the Republic of Austria and Switzerland which were reintroduced on a temporary basis will be applied for the period indicated, that is up to and including 11 November 2024 (at the border with the Republic of Austria) and 15 December 2024 (at the borders with the Republic of Poland, the Czech Republic and Switzerland), respectively.

Against the background outlined above, taking into account the national perspective and following careful consideration on the basis of Article 25 seqq. of the Schengen Borders Code in the version of Regulation (EU) 2016/399, last amended by Regulation (EU) 2024/1717 of 13 June 2024, I find myself obliged to order for the first time and for a temporary period of six months (up to and including 15 March 2025) migration and security-policy related internal border checks at the land borders with France, Luxembourg, Belgium, the Netherlands and Denmark, starting on 16 September 2024. The existing internal border checks at our borders with the Republic of Poland, the

Czech Republic, the Republic of Austria and Switzerland will be adjusted accordingly once they expire.

These checks, which are warranted by the mere fact of people crossing the border, can detect and prevent smuggling activities, among other things, in a more targeted manner and at an earlier stage, and can help avert dangers to the lives and well-being of the people being smuggled. In taking this decision, I have taken into account its appropriateness, necessity and proportionality in comparison to alternative measures as well as the ruling of the Court of Justice of the European Union of 26 April 2022 with regard to the justification. Potential alternative measures do not allow for checks solely on the basis of people crossing the border, nor is the technical equipment involved focused on detecting and preventing irregular migration. Therefore, such measures are not equally suitable. Furthermore, this decision makes it possible to take immediate action within the framework of existing law to prevent people from entering Germany.

Considering the enormous challenges in the field of migration, the conclusion of the negotiations on a Common European Asylum System has been an important milestone of our joint European efforts. However, until the CEAS is fully implemented and measures to better protect the EU's external borders are producing tangible effects for member states, the Schengen area with its open internal borders will continue to be exposed to this threat. The increasing dysfunctionality of the Dublin system also gives me cause for concern. For this reason, I wish to take this opportunity to appeal to you to: Let us continue to work together with energy and resolve in order to achieve visible and swift progress.

These internal border checks will not be carried out systematically, but will always be conducted as the situation requires and flexibly in terms of time and place. In doing so, the Federal Police will to the fullest extent possible cooperate closely and on the basis of trust with the partner authorities of Germany's neighbouring states, making use of the numerous formats for cross-border police cooperation provided for under our agreements and arrangements with our neighbouring states (including joint patrols and police and customs cooperation centres).

For reasons of proportionality and to avoid unnecessary disruptions of cross-border traffic that might occur if traffic were channelled through selected routes I have decided – as before – not to define specific border crossing points. Please be assured that Germany's Federal Police will as always strive to keep to a minimum the impacts on cross-border road traffic and the flow of goods, the economy and the lives and work of people in the border region.

Yours sincerely,

(signed)
Nancy Faeser